



Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Departement
für Wirtschaft, Bildung und
Forschung WBF
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Zug, 2. Oktober 2018 hs

Vernehmlassung zur Änderung des Zivildienstgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 20. Juni 2018 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zur Änderung des Zivildienstgesetzes Stellung zu nehmen. Gerne kommen wir Ihrer Einladung nach und nehmen wie folgt Stellung:

Allgemeines zum Reformvorhaben

Wir anerkennen den Anspruch der Armee, ihre Bestände zu sichern. Die Armee steht angesichts der demografischen Entwicklung und der Abwanderung in den Zivildienst vor personellen Herausforderungen. Wir unterstützen deshalb die grundsätzliche Absicht, die mit den angestrebten Massnahmen und der Änderung des Zivildienstgesetzes verfolgt werden soll, nämlich mehr Wehrgerechtigkeit wiederherzustellen. Neben den vorgeschlagenen Massnahmen wäre auch eine Verlängerung der Zivildienstdauer zu prüfen. Allerdings halten wir den Ansatz, den Zivildienst unattraktiver zu machen und den Zugang zu erschweren, nur für punktuell und kurzfristig wirksam. Die vorgeschlagenen sieben Massnahmen erscheinen uns insgesamt wenig geeignet, um den Armeebestand längerfristig und mit Blick in die Zukunft ausreichend zu sichern. Militärdiensttaugliche haben heute und auch künftig die faktische Wahlfreiheit zwischen Militärdienst und Zivildienst. Der Zivildienst bietet für viele Wehrpflichtige offenbar aus verschiedenen Gründen eine interessante Alternative zum Militärdienst, zumal die Dienstzeit in ein Lebensalter fällt, wo persönliche Karriereplanung und Lebensgestaltung hohe Priorität einnehmen. Die im vorliegenden Gesetzesentwurf aufgeführten Massnahmen ändern an dieser Situation grundsätzlich nichts.

Die Armee ist gefordert

Aus unserer Sicht müsste die Armee mit verschiedenen Massnahmen dafür sorgen, dass sie längerfristig genügend Wehrpflichtige rekrutieren und für den Dienst motivieren kann. Hier ist die Bundespolitik gefordert, die Diskussion aufzunehmen und realitätsbezogen, zukunftsorientiert und ohne Scheuklappen Modelle für die Zukunft zu prüfen. Dabei müsste unseres Erach-

tens auch eine Wehrpflicht für Frauen wie in Norwegen und in Schweden als Option miteinbezogen werden. Damit wäre die Anzahl Dienstpflichtige deutlich erhöht. Und auch monetäre Anreize könnten aus unserer Sicht geprüft werden wie beispielsweise eine Verteuerung der Wehrpflicht-Ersatzabgabe. Im Weiteren wäre zu überlegen, wie die Armee den Militärdienst im Vergleich zum Zivildienst attraktiver gestalten und besser auf die Lebensplanung und -gestaltung der Einzelnen sowie auf die Bedürfnisse von Wirtschaft und Arbeitgebenden ausrichten könnte. Die militärische Ausbildung sollte auch für Privatleben, Studium und Beruf anrechenbare Vorteile bringen können. Dienstpläne müssten mit dem Studiums- und Schulbeginn besser abgestimmt sein.

Mehrbelastung für Kantone und Gemeinden

Im Kanton Zug hat sich der Zivildienst etabliert. Zivildienstleistende – vielfach gut ausgebildete und motivierte junge Männer – erbringen in der Landwirtschaft, im Landschaftsschutz, im Gesundheitswesen, in sozialen Institutionen, in Schulen und anderen Einrichtungen gute und wichtige Dienstleistungen zugunsten der Allgemeinheit. Eine Reduktion der Anzahl Zivildienstleistender hätte zur Folge, dass diese Leistungen von zusätzlichem, aus kantonalen oder kommunalen Etats finanziertem Personal erbracht werden müssten. Da Zivildienstleistende nach bundesrechtlicher Spesenregelung vergütet werden, würde der Verzicht auf deren Einsatz in einem finanziellen Mehraufwand für Kantone und Gemeinden resultieren.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme und hoffen, dass Sie unsere Stellungnahme bei der Überarbeitung des Zivildienstgesetzes entsprechend berücksichtigen werden.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug

sign.

Manuela Weichelt-Picard
Frau Landammann

sign.

Renée Spillmann Siegwart
stv. Landschreiberin

Kopie per E-Mail an:

- rechtsdienst@zivi.admin.ch (Word und PDF)
- Staatskanzlei (zur Aufschaltung der Vernehmlassung im Internet)
- Sicherheitsdirektion
- Amt für Zivilschutz und Militär
- Eidgenössische Parlamentarier des Kantons Zug